

Notizen

An der Weltversammlung des ÖRK für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung vom 6. bis 12. März 1990 in Seoul wird die katholische Kirche mit zwanzig „Spezialisten“ als „Beobachter“ teilnehmen. Das wurde dem Ökumenischen Rat der Kirchen in einem vom 18. November 1988 datierten Brief der Kardinäle *Johannes Willebrands* (Rat für die Einheit der Christen) und *Roger Etchegaray* (Iustitia et Pax) mitgeteilt. Der ÖRK hatte seinerseits der katholischen Kirche angeboten, fünfzig Teilnehmer (von insgesamt 550 Delegierten) für die Weltversammlung von Seoul zu entsenden. ÖRK-Generalsekretär *Emilio Castro* äußerte in einer Stellungnahme vom 24. November Enttäuschung über die römische Entscheidung, die katholische Präsenz in Seoul auf zwanzig Beobachter zu beschränken. Ursprünglich hatte der ÖRK die katholische Kirche aufgefordert, mit ihm zusammen die Weltversammlung zu tragen; diese Bitte hatte der Vatikan Ende 1987 unter Hinweis auf die strukturellen Unterschiede zwischen katholischer Kirche und ÖRK abgelehnt.

Anfang Dezember 1989 gründeten Theologieprofessoren aus elf europäischen Ländern bei einer Zusammenkunft in Mainz eine „Europäische Gesellschaft für Katholische Theologie“. Zum ersten Präsidenten der Gesellschaft wurde der Tübinger Dogmatiker *Peter Hünermann* gewählt. Der Plan zur Gründung einer europäischen Vereinigung katholischer Theologen entstand im Zusammenhang mit der „Kölner Erklärung“ (vgl. HK, März 1989, 102) und sie unterstützenden bzw. ergänzenden Theologenerklärungen in anderen europäischen Ländern. In einer Erklärung zum Abschluß des Mainzer Treffens betonten die Gründungsmitglieder der neuen Gesellschaft, die Zeit sei reif für eine intensivere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Die Gesellschaft möchte den Dialog unterschiedlicher theologischer Richtungen und Disziplinen in Europa fördern. Man will die ökumenische Zusammenarbeit pflegen, das Gespräch mit Vertretern anderer Religionen aufnehmen und sich am theologischen Dialog zwischen den Kontinenten beteiligen.

Zum neuen Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen ernannte Johannes Paul II. den bisherigen Substituten im Vatikanischen Staatssekretariat, Erzbischof *Edward Cassidy*. Der 65jährige gebürtige Australier, der nach einer langen Laufbahn im diplomatischen Dienst des Vatikan im Mai 1988 ins Staatssekretariat berufen wurde, tritt die Nachfolge von Kardinal *Johannes Willebrands* an, dessen Rücktrittsgesuch der Papst annahm. Willebrands war im September 1989 80 Jahre alt geworden. Nachfolger von

Erzbischof Cassidy als Substitut des Staatssekretariats wurde Erzbischof *Giovanni Re*, zuletzt Sekretär der Bischofskongregation.

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Ordensoberer (VDO), des Dominikaner-Provinzials *Karl Meyer*, bildeten die Orden gegenwärtig zwar keine „alternative Kultur“, zeigten aber durchaus mancherlei „alternative Ansätze“. In einem KNA-Interview (v. 9.11.89) meinte Meyer, die Orden hätten sich vielfach bemüht, sich zu öffnen und nicht in einer Sonderwelt zu leben. Dabei sei manchmal der „innere Geist verlorengegangen“. Neues geistliches Leben werde sich eines Tages auch in einem „Ordensfrühling“ zeigen – gegenwärtig sei aber Europa, im Grunde gelte aber auch die anderen Kulturen, für einen solchen Ordensfrühling noch nicht reif. Es fehle bis heute eine „starke junge Generation“, die sich unabhängig artikulieren könne. Die überkommenen Institutionen bildeten immer noch das Rückgrat, und die junge Generation lebe auf dem „Rücken dieser Institutionen“: „Wir sind noch nicht arm genug, sonst würde Neues schneller wachsen.“

In der Slowakei hat nach dem politischen Umschwung in Prag innerhalb der katholischen Kirche ein Prozeß der Selbstreinigung begonnen. Der Erzbischof von Tyrnau und slowakische Metropolit, *Jan Sokol*, hat mehrere Exponenten der regimennahen Priesterbewegung *Pacem in terris* (vgl. ds. Heft, S. 7) aus ihren Ämtern abberufen. Die Maßnahmen des Bischofs betrafen vor allem die Leitung des Priesterseminars und den Lehrkörper der theologischen Fakultät in Preßburg und Personen, von denen bekannt ist, daß sie Spitzeldienste für die kommunistische Partei und die politische Polizei geleistet haben. Zwei der abberufenen Geistlichen sollen sich geweigert haben, dem Bischof Folge zu leisten. Der slowakische Bürgerrechtler *Jan Čarnogurský*, neuer stellvertretender Ministerpräsident im Kabinett *Čalfa*, äußerte Kathpress gegenüber, die staatlichen Kontrollmaßnahmen hätten inzwischen, ohne daß sich gesetzlich bisher etwas geändert hat, bereits weitgehend aufgehört. Die Behörden seien einfach vorsichtiger geworden.

Nach Auskunft des Ministers für Ideologie- und Religionsfragen, *Justas Vincas*, ist in Litauen ein Gesetz über die *Rückgabe konfiszierter Kirchengüter in Vorbereitung*. Nach der Verfassungsänderung im November, die u. a. das Verhältnis von Staat und Kirche neu ordnet, könne auch die Frage der Kirchengüter neu geregelt werden. Die Rückgabe von kirchlichen Gebäuden werde in größerem Umfang aber

nicht vor Frühjahr 1990 möglich sein, da erst neue Unterbringungsmöglichkeiten für die in Kirchengebäuden gelagerten Bestände von Archiven und Museen gefunden werden müßten. Ein erster Anfang war bereits im letzten Februar mit der Rückgabe der Kathedrale von Wilna gemacht worden.

Erstmals wurde jetzt in einer Kirche der Anglikanischen Gemeinschaft eine Frau zum *Diözesanbischof* gewählt. Neuer Bischof der Diözese Dunedin der anglikanischen Kirche von Neuseeland wird die 47jährige *Penny Jamieson*. Frau Jamieson, von Hause aus Sprachwissenschaftlerin, studierte nach der philosophischen Promotion Theologie und wurde 1983 zum Priester geweiht. Die erste Frau im anglikanischen Bischofsamt, die US-Amerikanerin *Barbara Harris*, deren Wahl und Weihe vor Monaten einiges Aufsehen erregte, ist nicht Diözesan-, sondern Weihbischof.

In Brasilien würden ganze *Indianervölker* lausgerottet und die Weltöffentlichkeit schweige dazu. Dies erklärte der aus Voralberg stammende Bischof *Erwin Kräutler* von der Prälatur Xingu auf einer Pressekonferenz in Wien. Als Beispiel nannte Kräutler den *Stamm der Yanomami*, in dessen ohnehin um 70 Prozent reduziertem Gebiet 40 000 Goldsucher, von der Regierung unterstützt oder geduldet, eingedrungen seien. Sie schlepten die Malaria ein, vergifteten Gewässer und zerstörten das soziale Lebensgefüge der Indianer. Obwohl ein gerichtlicher Entscheid gegen die Goldsucher vorliege, würden sie nicht vertrieben. Praktisch werde so die „Endlösung“ der noch 180 Indianerstämme in Brasilien vorangetrieben. Kräutler ist Vorsitzender des Indianermissionsrates der Brasilianischen Bischofskonferenz.

Die *indischen Bischöfe* haben sich vor den indischen Parlamentswahlen Ende November in einem eigenen Aufruf an die Gläubigen gewandt. Sie favorisierten nicht eine bestimmte Partei, sondern mahnten zur Stimmabgabe und forderten zur Wahl solcher Politiker auf, „die sich wirklich in den Dienst der Menschen stellen“. Die *Laienorganisationen* sollten die Programme der Parteien und deren Kandidaten prüfen, um den christlichen Wählern raten zu können. Im gleichen Aufruf verurteilten die Bischöfe die verbreitete Neigung zur Korruption, das „undemokratische“ Kastenwesen und den Mißbrauch von Kasten, Volkszugehörigkeit und Religion zu politischen Zwecken.

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt von *Publik-Forum, Oberursel*, bei.